

FRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
IM GEMEINDERAT LEONBERG

Herrn Oberbürgermeister
Martin G. Cohn
Stadt Leonberg

**Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Gemeinderat Leonberg**

Rathaus Leonberg
Belforter Platz 1
71229 Leonberg

Leonberg, 05.11.2019

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Cohn,

für den Haushalt 2020 bringt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgende **Anträge** ein:

1. Klimaschutzvorrang bei allen Projekten
2. Wärmenetz - kommunale Wärmeplanung
3. Klima- und EnergiemanagerIn
4. 500 Bäume für Leonberg
5. Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden
6. Stadtmarketing - i-Punkt
7. Modellprojekt Berliner Straße
8. Ehemalige Schuhfabrik als Ort für Kunst erhalten
9. Potenzialanalyse Bahnhof Höfingen
10. Verbesserung Radverkehrsnetz 1
11. Verbesserung Radverkehrsnetz 2
12. Verbesserung Radverkehrsnetz 3
13. Übertragung der Mittel " Shuttle-Bus"
14. Einrichtung einer Wasserstoff-Tankstelle
15. Umsetzung des Alt- und Totholzkonzepts
16. Hinweis-Schilder Fairtrade Stadt
17. Globale Minderausgabe

Die Anträge und Begründungen finden sich auf den nachfolgenden Seiten.

Antrag:

1. Die Stadt Leonberg signalisiert, dass sie auf lokaler Ebene alle möglichen Anstrengungen unternimmt, um ihren Beitrag zu leisten, die globale Erwärmung auf 1,5°C zu begrenzen.
2. Damit wird der Anspruch verknüpft, umgehend ambitionierte Maßnahmen gegen die Klimakrise einzuleiten, sodass die Entscheidungen und Handlungsweisen der Stadt Leonberg mit den Empfehlungen des „Sonderberichtes über 1,5 °C globale Erwärmung“ des Weltklimarates (IPCC1) von 2018/2019 bzw. der EU-Climate-Action-Verordnung von 2018 zur Festlegung verbindlicher nationaler Jahresziele für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen im Zeitraum 2021 - 2030 vereinbar sind.
3. Die Stadtverwaltung etabliert einen Klimavorbehalt im Vorfeld aller Beschlussfassungen. In diesem Prozess wird die Verträglichkeit der einzelnen Beschlüsse mit den Empfehlungen des Berichtes des IPCC von 2018 / 2019 bzw. der EU-Climate-Action-Verordnung überprüft.
4. Die Stadtverwaltung sichert innerhalb der Verwaltungsverfahren organisatorisch die Belange des Klimaschutzes und führt dafür ab 2020 ein zertifiziertes Klimaschutzmanagement-System wie z.B. den EEA European Energy Award ein.

Begründung:

Mit der bisherigen Politik in der Stadt werden die allgemeinen Klimaschutzziele nicht erreicht. Gleichzeitig haben die Kommunen nach § 7 des Gesetzes zur Förderung des Klimaschutzes in Baden-Württemberg eine Vorbildfunktion beim Klimaschutz.

In Anbetracht dieser Ausgangslage soll dieser Antrag die kommunalen Klimaschutzziele der Stadt Leonberg betonen.

Dr. Bernd Murschel
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Antrag:

Die Stadtwerke bzw. LEO-Energie erarbeiten eine Konzeption zum weiteren zukünftigen Ausbau eines Nahwärmenetzes im Bereich der Stadtmitte Leonberg.

Begründung:

Die Stadt Leonberg hat beschlossen, einen Vertrag mit den Stadtwerken Sindelfingen zur Wärmeversorgung im Layherareal abzuschließen. Die Sindelfinger Stadtwerke werden als Dienstleister über mindestens 15 Jahre die Versorgung übernehmen.

Mittelfristig sollte die Stadt ebenfalls stärker in den Bereich Energie und Wärme einsteigen. Dabei ist zu prüfen, wie eventuelle Erweiterungsobjekte entlang der Eltinger Straße bzw. Römerstraße an ein Nahwärmenetz angeschlossen werden können und wie im Rahmen des Vertrages mit den Sindelfinger Stadtwerken ein Eigenengagement der Stadtwerke bzw. LEO-Energie möglich ist. Neben den ökologischen Vorteilen erschließen sich damit auch eventuelle monetäre Erlöse.

Bund und Land fördern aktuell die Erstellung von Wärmeplänen mit eigenen Programmen.

Dr. Bernd Murschel
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Antrag:

Die Stadt Leonberg stellt eine/n Klima- und EnergiemanagerIn in Vollzeit ein.

Begründung:

Um einen angemessenen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten und den Energieverbrauch zu optimieren, ist ein kommunales Energiemanagement erforderlich. Der/die Klima- und EnergiemanagerIn soll nachhaltige klimaschonende Maßnahmen, z.B. Photovoltaik, energetische Sanierung, Dach- und Fassadenbegrünung in städtischen Gebäuden voranbringen.

Die bisherige personelle Ausstattung reicht hierfür nicht aus.

Katharina Staiger
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Antrag:

Innerhalb der nächsten fünf Jahre sind im Stadtbereich von Leonberg 500 Bäume zur Verbesserung der CO₂-Bilanz und zur Erhöhung der Lebensqualität zu pflanzen. Bei der Auswahl der zu pflanzenden Bäume ist den jeweiligen örtlichen Gegebenheiten Rechnung zu tragen (z.B. Wildobstbäume auf Wiesen, Kastanien, Linden und Ahorn auf Plätzen und entlang von Straßen etc.)

Begründung:

Generell ist es wünschenswert, in Leonberg noch mehr Grün anzusiedeln und durch die Pflanzung weiterer Bäume die Lebensqualität und das Mikroklima zu verbessern. Dabei haben Bäume als wichtigste Funktion die Sauerstoffproduktion, bei der klimaschädigendes Kohlendioxid verbraucht wird. Angesichts des immer weiter zunehmenden Verkehrs, der sich auch durch umliegende Großbaustellen oder Staus auf der nahen Autobahn unausweichlich in die Kernstadt und deren Teilorte verlagert, ist der Verschlechterung der CO₂-Bilanz auch durch Pflanzung neuer Bäume dringend entgegen zu wirken. Weiterhin dienen Bäume zur Staubfilterung und Schalldämmung, z.B. an viel befahrenen Straßen oder in Wohngebieten. Nicht zuletzt spenden sie Schatten, was bei den zunehmend heißeren und länger andauernden Sommern zur Abkühlung des gesamten innerstädtischen Klimas beiträgt.

Sibylle De Mott
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Antrag:

Weitere städtische Gebäude werden mit Photovoltaik ausgestattet, die erzeugte Energie wird für den jeweiligen Eigenbedarf genutzt. Die Stadt tritt hier als Träger auf - falls sich keine engagierten BürgerInnen finden.

Begründung:

Die Umsetzung der Energiewende erfordert u.a. einen weiteren Ausbau der Photovoltaik, auch auf kleineren Flächen. Ein großer Teil der Dächer auf städtischen Gebäuden ist für die Anlagen geeignet. Zwar sind durch Engagement der BürgerInnen bereits etliche große Dächer mit Photovoltaik ausgestattet, doch sollte auch die Stadt ein Beispiel geben in Richtung erneuerbarer Energien.

Durch die gestiegene Effektivität der Module rechnet sich eine PV-Anlage trotz der Verpflichtung zum Eigenverbrauch und der niedrigen Einspeisevergütung. Weiterhin entfallen durch den Eigenverbrauch durch den vor Ort selbst produzierten Strom u.a. Leitungsverluste und es können Einsparungen erzielt werden, da der externe Strombezug verringert wird.

Katharina Staiger
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Antrag:

Am Marktplatz Leonberg ist eines der freistehenden Ladenlokale für die Zwecke des Stadtmarketings anzumieten oder zu erwerben. Die Räumlichkeiten sollten idealerweise große Fensterflächen aufweisen und barrierefrei erreichbar sein.

Begründung:

Im Rahmen der Neukonzeption des Amtes für Kultur und Sport wurden nicht zuletzt Überlegungen angestellt, den i-Punkt aus dem Rathaus am Belforter Platz an einen neuen Ort auszulagern.

Obwohl unseres Erachtens durch die Kooperation im zuständigen Amt die kontinuierliche Betreuung des speziell zu diesem Zweck im Rathaus am Belforter Platz eingerichteten Anlaufortes personell gut geregelt war, scheint uns eine Präsenz am Marktplatz durchaus sinnvoll zu sein, da auswärtige BesucherInnen sicherlich zunächst die Leonberger Altstadt ansteuern und hier auch hilfreiche Informationen erwarten. Ein multifunktional tätiger i-Punkt könnte neben einer Touri-Info zugleich auch Verkaufsstelle für Eintrittskarten unterschiedlichster Sparten sein. In solch einer Kombination könnte u.E. ein i-Punkt einen wichtigen Beitrag zur Steigerung der KundInnenfrequenz auf dem Marktplatz leisten.

Ein Lokal außerhalb des alten Rathauses bietet nicht nur den Vorteil, dass in Schaufenstern für Angebote und Veranstaltungen der Stadt geworben werden könnte. Zudem könnte solch ein Ort auch unabhängig von den Öffnungszeiten des Alten Rathauses z.B. am Samstag für den Kartenvorverkauf geöffnet und an Sonntagen (wettergeschützter) Ausgangsort für die am Marktplatz beginnenden Stadtführungen sein.

Letztlich wäre dieser i-Punkt auch leicht in die Feste wie den Pferdemarkt, Guggenmusiktreffen, LaKuNa, Nikolausmarkt u.a. zu integrieren. Es müssten keine Auf- und Abbauten vorgenommen werden und für die Beschäftigten wäre es ein wiederum wettergeschützter und angenehmer Arbeitsplatz.

R. Sebastian Werbke
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Antrag:

Die Bebauung an der Berliner Straße wird als energetisches Modellprojekt realisiert.

Begründung:

In Leonberg sind bisher keine Wohnquartiere mit zukunftsweisender Bebauung in Kombination mit bezahlbarem Wohnraum entstanden.

Einerseits soll dabei ein Niedrigstenergiestandard (KfW 40) erreicht und andererseits 25 % bezahlbarer Wohnraum integriert werden. Weil die Verbindung dieser beiden Ziele nicht einfach, aber zukunftsweisend ist, wäre diese anspruchsvolle wegweisende Bebauung als Projekt der IBA vorstellbar.

Nur dann wäre zu rechtfertigen, dass in so exponierter Lage am Rande des Stadtparks überhaupt gebaut wird. Erleichtert wird die Durchsetzung der Ziele dadurch, dass das Grundstück in städtischer Hand ist.

Gudrun Sach
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Antrag:

Im Haushaltskapitel Wohnungsbauförderung sind für die ehemalige Schuhfabrik für die Jahre 2021 und 2022 insgesamt 1,5 Mio für die Umwandlung in Wohnraum eingestellt (TH 06 PB 52 Auftrag 752200027019, S. 593). Wir beantragen die Streichung dieser Mittel.

1. Auf der Grundlage des für 2019 geplanten Baugutachtens sind den zuständigen Gremien die notwendigen Sanierungsmaßnahmen vorzustellen. Um hier kurzfristig handlungsfähig zu sein, sind für das Jahr 2020 250.000 Euro im Haushalt einzustellen.
2. Den VertreterInnen der derzeitigen NutzerInnen ist im 1. Quartal 2020 im Sozial- und Kultus-Ausschuss die Möglichkeit zu geben, ihr Konzept für ein zukunftsfähiges KünstlerInnenhaus vorzustellen.
3. Für das Stadtarchiv als weiterem Nutzer der ehemaligen Schuhfabrik ist eine transparente Planung vorzulegen, welcher Bedarf besteht, um die hier eingelagerten Archivalien so zu lagern, damit das „Gedächtnis der Stadt“ auf Dauer und für die Zukunft genutzt werden kann.

Begründung:

In Leonberg gibt es ein ansprechendes und vielfältiges Kulturangebot. Dieses zu erhalten und wo möglich zu erweitern trägt zur Attraktivität der Stadt bei. Gerade in Hinsicht auf die Planungen beim räumlich nahen Postareal besteht die Möglichkeit, dem dort fokussierten Konsum einen Bereich gegenüberzustellen, in dem sich Kunst und Kultur kreativ weiterentwickeln können. Das Gebäude der ehemaligen Schuhfabrik als letzter historischer Zeuge für in Leonberg produzierendes Gewerbe ist ein idealer, zentraler Standort, um aus der lokalen Geschichte in die Zukunft zu blicken. Über die derzeitige Nutzung als KünstlerInnenhaus, (Jugend-) Kunstschule, Atelier und Galerie hinaus entwickeln die dort Tätigen ein Konzept, welche weiteren Impulse von diesem Ort ausgehen können.

Stadt und Kunstschaffende sollen in einem gemeinsamen Prozess eine Perspektive entwickeln, auf welche Weise die alte Schuhfabrik für die Leonberger Öffentlichkeit neben dem Galerieverein in der Altstadt zu einem weiteren attraktiven Anlaufpunkt für kreatives Schaffen werden kann.

Für das Stadtarchiv gilt es eine Grundlage zu schaffen, in geeigneten Räumlichkeiten das Erbe der Stadt zukunftsfähig und fachgerecht unterzubringen.

R. Sebastian Werbke und Birgit Widmaier
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Antrag:

Wir beantragen, im Rahmen einer Potenzialanalyse umsetzungsfähige Maßnahmen zur verbesserten Erreichbarkeit der S-Bahn Haltestelle Höfingen aufzuzeigen. Dies sollte verwaltungsintern über die Stabsstelle "Mobilität" erfolgen.

Verbesserungen könnten z.B. sein:

- direkte Anbindung an einen klimafreundlich betriebenen Shuttle-Bus, evtl. in Form eines On-Demand-Systems
- mehr und sichere Abstellmöglichkeiten für Räder, z.B. kleines Radparkhaus, Fahrradboxen mit Lademöglichkeiten
- Regio-Radstation
- Aufzüge

Begründung:

Die S-Bahn Haltestelle Höfingen befindet sich in einer Randlage entgegengesetzt zum Siedlungskörper und ist lediglich über die steile Felsgartenstraße in Fahrtrichtung Stuttgart erreichbar. Die Anbindung des nördlichen Bahnsteigs (Fahrtrichtung Leonberg) erfolgt nur über einen steilen und sehr engen Fußweg. 3/4 aller Höfinger BürgerInnen benötigen mehr als 10 Minuten, um zu Fuß zur Haltestelle zu gelangen. An das örtliche Bus-Liniennetz ist die Haltestelle nicht angebunden. Für FahrradfahrerInnen sind am Fußweg zum Bahnsteig in Fahrtrichtung Leonberg wenige ungesicherte und veraltete Radständer platziert. In Fahrtrichtung Stuttgart stehen 4 Fahrradboxen und ebenfalls veraltete ungesicherte Radständer zur Verfügung.

Durch diese ausgesprochen ungünstige Ausgangssituation wird die Haltestelle zu wenig genutzt. Um mehr Höfinger BürgerInnen und auch RadfahrerInnen aus den Nachbargemeinden für die Nutzung der Haltestelle zu gewinnen und die umweltschonende Mobilität zu fördern, sollte die Erreichbarkeit und Benutzerfreundlichkeit verbessert werden.

Im direkten Umfeld (Tilgshausenstraße) ist ein unbebautes Grundstück (Flurstück Nr. 373) vorhanden, welches als Basis z.B. für eine Brücke zu einem Aufzug vor dem nördlichen Bahnsteig, für Abstellplätze, und als Haltestelle für den Shuttle-Bus herangezogen werden könnte. Entlang des Fußwegs auf der Nordseite erstreckt sich ein z.T. stark überwuchertes Grünstreifen (Flurstück Nr. 361), welcher für weitere Maßnahmen geeignet wäre. Auf der südlichen Seite der Haltestelle ist ausreichend Platz für einen Haltepunkt eines Shuttle-Bus.

Katharina Staiger
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Antrag:

Für zusätzliche Maßnahmen zur Verbesserung des Radverkehrsnetzes innerhalb der Stadt sind erneut 100.000 Euro einzuplanen, auch um kurzfristig auf zwischenzeitliche Entwicklungen reagieren zu können. Im Herbst 2018 wurden der Stadtverwaltung bei einer gemeinsamen Radtour viele Stellen in Leonberg aufgezeigt, wo Verbesserungen vorzunehmen sind. Ein Jahr später hat sich bei einer Nachbesichtigung an den besichtigten Straßen noch nichts verändert. Für die drei folgenden Punkte besteht dringender Handlungsbedarf.

1. Auf der Brennerstraße ist eine Markierung von Radschutzstreifen vorzunehmen.
2. Die Radfahrerampel an der Kreuzung der Gebersheimer-/Friedhofstraße mit der Bismarckstraße ist so abzusichern, dass bei „Grün“ aus der Bismarckstraße kreuzende RadlerInnen nicht von links (Gebersheimer- in die Bismarckstraße) abbiegenden Autos angefahren werden können.
3. Das Kino Traumpalast muss auch für RadfahrerInnen sicher erreichbar werden.

Begründung:

Durch Eingriffe im Straßenverkehr müssen für RadfahrerInnen weitere geschützte Bereiche geschaffen werden.

zu 1. Diese Maßnahme wurde bereits 2013 im Radverkehrskonzept mit hoher Priorität bis spätestens Ende 2017 vorgesehen. Auch deshalb wurde beim Umbau der „GEZE-Kreuzung“ stadteinwärts eine spezielle Fahrradampel installiert, die seitdem abgedeckt ihrer Einweihung harrt. Mittlerweile sind im Westen der Stadt neue Wohngebiete entstanden (Ezach III), weshalb eine sichere und schnelle Anbindung für diesen Bereich noch wichtiger geworden ist. Außerdem entstehen dort kontinuierlich neue Arbeitsplätze (GEZE, Bosch), was eine bessere, sichere Erreichbarkeit mit dem Fahrrad ebenfalls notwendig macht.

zu 2. Anlässlich der diesjährigen RadL-Rundfahrt wurde auf die gefährliche Situation an der Kreuzung beim „Ezach-Eck“ aufmerksam gemacht. Für die von der „GEZE-Kreuzung“ kommenden Autos ist es bei „Rot“ möglich, links abzubiegen, von wo Radfahrer mit einer Grünschaltung auf die Kreuzung fahren dürfen. Diese gefährliche Situation sollte schnellstens korrigiert werden.

zu 3. Die regelmäßige Anbindung des Kinos mit dem Bus wird von allen Seiten befürwortet und soll nun endlich verwirklicht werden. Was liegt aber näher, als innerhalb Leonbergs jederzeit mit dem Fahrrad ins Kino und die dortige Gastronomie zu fahren? Aktuell gibt es für Zweiräder weder für den Hin- noch für den Rückweg eine sichere und zufriedenstellende Wegführung. Deshalb sollte vom Traumpalast mindestens bis zur Einmündung der Breslauer Straße entlang der Neuen Ramtelstraße eine für alle Verkehrsteilnehmer klare und sichere Radführung markiert werden, unter Vermeidung gemischter Fuß-/Radflächen.

Da geplant ist, am Kino eine weitere RegioRad-Station einzurichten, ist es in sich logisch, die verkehrliche Anbindung dementsprechend vorzunehmen. Auf die Station

zu warten (nach Fertigstellung des IMAX-Kinos) ist hingegen nicht akzeptabel angesichts der Verkehrssituation in Leonberg, speziell auch rund um das Kino. Schon während der geplanten Baumaßnahme ist die Erreichbarkeit des Kinos per Fahrrad sicher zu gewährleisten.

R. Sebastian Werbke
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Antrag:

Beim Ausbau des Kreisels zwischen Gerlingen und Leonberg ist von Leonberger Seite her eine Anbindung an das bestehende überörtliche Radwegenetz vorzunehmen. Außerdem ist die Maßnahme so durchzuführen, dass die Möglichkeit besteht, einen eventuell zu einem späteren Zeitpunkt nach Stuttgart führenden Radschnellweg sicher zu integrieren.

Begründung:

Aus Leonberg kommend bietet sich schon seit Jahren die Möglichkeit, auf den ausgewiesenen überörtlichen Radweg Richtung Schillerhöhe und Stuttgart zu gelangen. Allerdings ist bisher keine annähernd befriedigende Struktur vorhanden, die RadfahrerInnen eine sichere Annäherung an das bestehende Netz bietet. Aus dem Ludwig-Finckh-Weg kommend geht es über einen schlechten Fuß-Rad-Mischweg an die Bordsteinkante gegenüber der Einmündung zum Waldfriedhof. Eine Weiterführung des Radverkehrs ist weder hier noch vom alten Golfplatz kommend vorgesehen.

Der Ausbau des Kreisels muss unbedingt genutzt werden, um nicht nur den berufspendelnden RadlerInnen u.a. aus dem Ramtel und ins Ramtel eine attraktive Verbindung anzubieten.

Außerdem kam in diesem Jahr bei den Diskussionen um einen Radschnellweg auch eine direkte Verbindung von der Stuttgarter Straße in Leonberg über die Wildparkstraße nach Stuttgart ins Gespräch und wird von Gutachtern geprüft. Insofern muss bei der Umgestaltung dieses Kreisels unbedingt auch ausreichend Fläche für eine gefahrlose, direkte, schnelle Radverbindung nach Stuttgart gesichert werden.

R. Sebastian Werbke
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Antrag:

Um das im Entstehen befindliche neue Gewerbegebiet Leo-West auch für die dort tätigen RadfahrerInnen noch attraktiver zu machen, beantragt die Fraktion Grüne:

1. Etablierung einer RegioRad-Station
2. Sichere Anbindung an die überörtlichen Radwege
3. Schaffung von mehr Fahrradabstellplätzen an der Station Silberberg/Rutesheim

Begründung:

zu 1. Wenn NutzerInnen der RegioRäder sich an einer der nächstgelegenen S-Bahn-Stationen ein Fahrrad ausleihen, sollte es am Zielort die Möglichkeit geben, das Rad während der Arbeitszeit wieder zurück zu geben. Da Leonberg das Ziel hat, die intermodale Mobilität zu fördern, ist es insofern nur logisch, an einem zunehmend wichtigen Zielort schon bei der Entwicklung des Gewerbegebiets den dort tätigen Personen ein klimafreundliches Angebot zu machen. Durch RegioRad-Stationen sowohl am S-Bahnhof Leonberg wie auch am Haltepunkt Silberberg/Rutesheim sind gute Voraussetzungen geschaffen worden, um jetzt den logischen nächsten Schritt mit einer weiteren RegioRad-Station zu gehen.

zu 2. Schon im vergangenen Jahr hat die Fraktion Grüne gefordert, die für alle Verkehrsbeteiligten unübersichtliche Situation an der Einmündung der Wasserbach- in die Brennerstraße zu verbessern. Dies ist nicht nur ein überregionaler Radweg, sondern auch ein Schulweg und perspektivisch eine für die im Gewerbegebiet tätigen RadlerInnen unvermeidliche Kreuzung auf dem Weg zur Arbeit. Die Stadt sollte auch außerhalb der innerstädtischen Gemarkung ihrer Verantwortung für die Sicherheit des Radverkehrs nachkommen.

zu 3. An der S-Bahn-Station Silberberg/Rutesheim sind weitere sichere und überdachte Fahrradabstellplätze zu schaffen. So kann den PendlerInnen aus beiden Richtungen, die ins neue Gewerbegebiet müssen, ein Angebot gemacht werden, um ihr „Bahnhofsfahrrad“ außerhalb der Arbeitszeit sicher abzustellen. Schon heute sind die Abstellmöglichkeiten häufig mehr als ausgelastet. Für Silberberg dürfte sich auch mit dieser Maßnahme die Situation hinsichtlich des Durchgangsverkehrs mit motorisierten Fahrzeugen verbessern.

Der Fraktion Grüne liegen außerdem Informationen vor, dass sich die Stadt Rutesheim bereit erklärt hat, sich an solch einer Angebotsverbesserung zur Hälfte zu beteiligen, wie dies schon bei früheren Maßnahmen an der S-Bahn-Station geschehen ist.

Grundsätzlich ist an dieser S-Bahn-Station aus unserer Sicht immer noch überlegenswert, das gesamte Gebiet als Shared-Space-Bereich auszuweisen. Dies würde einerseits Geld für Umbaumaßnahmen einsparen, andererseits die besonders in der Kehre sehr unübersichtliche Situation deutlich entschärfen und sicherer machen.

R. Sebastian Werbke
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Antrag:

Die im Jahr 2019 nicht abgerufenen Mittel für ein Demonstrationsvorhaben „Shuttle-Bus“ werden in den Haushalt 2020 übertragen.

Begründung:

Eine Arbeitsgruppe aus dem Gemeinderat Leonberg hat sich in den vergangenen zwei Jahren intensiv mit einem Modellprojekt für autonomes Fahren beschäftigt. Kombiniert war dies mit dem Thema Brückenschlag und einem dort möglichen autonomen Shuttle-Bus. Die Planungen sind nun soweit konkretisiert, dass eine Realisierung in 2020 möglich erscheint.

Dr. Bernd Murschel
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Antrag:

Die kommunalen VertreterInnen bei LEO-Energie werden gebeten, sich für ein zukunftsweisendes Projekt „Wasserstofftankstelle“ einzusetzen.

Begründung:

Aktuell liegen Überlegungen und Planungen zur Einrichtung einer Wasserstofftankstelle in Leonberg vor. Allerdings wurde diesbezüglich bisher noch nichts umgesetzt. In Anbetracht der möglichen Anwendung von Wasserstoff als Energieträger der Zukunft und der hohen verkehrlichen Frequentierung Leonbergs, wäre hier ein idealer Standort gewährleistet.

Dr. Bernd Murschel
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Antrag:

Im Stadtwald Leonberg wird das landesweite Alt- und Totholzkonzept umgesetzt.

Begründung:

ForstBW erläutert in seinen Ausführungen die besondere Bedeutung von Alt- und Totholz: "Im Wald leistet Alt- und Totholz einen besonders wichtigen Beitrag, da es Lebensraum für zahlreiche, oftmals gefährdete Arten bietet. Der Erhalt von Alt- und Totholz trägt maßgeblich zur Sicherung und zur Stärkung der Biodiversität bei, dem zentralen Ziel sowohl der Naturschutzstrategie Baden-Württemberg als auch der Gesamtkonzeption Waldnaturschutz ForstBW.

Zur Umsetzung dieses Ziels in die Praxis wurde das Alt- und Totholzkonzept entwickelt. Mit diesem Konzept wurde eine umfassende Erhaltungs- und Entwicklungsstrategie für diese wertvollen Lebensräume erarbeitet. Damit erfolgt einerseits die Umsetzung des aktuellen Artenschutzrechts. Es verdeutlicht andererseits, dass ForstBW in Waldnaturschutzfragen bundesweit eine führende Rolle eingenommen hat.

Das Alt- und Totholzkonzept wird im Staatswald seit Februar 2010 verbindlich umgesetzt. Die Ausweisung von Habitatbaumgruppen und von Waldrefugien gehört seither fest zu unserem forstlichen Handwerkszeug.

Soweit heute absehbar, werden wir die für 2020 für den Staatswald gesteckten Ziele sowohl bei den Habitatbaumgruppen als auch den Waldrefugien voll und ganz erreichen."

Dr. Bernd Murschel
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Antrag:

An allen Ortseingängen sind Schilder zu installieren, die darauf hinweisen, dass Leonberg seit 2013 Fairtrade-Stadt ist.

Begründung:

Nach einjähriger Vorarbeit eines sehr aktiven Steuerungsgremiums erhielt Leonberg im Rahmen der Vollversammlung der Lokalen Agenda 21 das Siegel einer Fairtrade-Stadt überreicht.

In den Folgejahren konnten immer wieder neue Partner (-Unternehmen) für diese Idee gewonnen werden.

Um den starken Impuls aus der Anfangszeit dauerhaft im öffentlichen Bewusstsein zu verankern, schlagen wir als Form der Öffentlichkeitsarbeit für dieses Thema (ergänzend zu den immer wieder eingesetzten Poststempeln) Hinweisschilder an den wesentlichen Ortseingangsstraßen vor. Solche Schilder haben nicht nur den Erinnerungseffekt für die eigene Bürgerschaft, sondern weisen Leonberg im Sinne eines positiven Stadtmarketings auch gegenüber Durchreisenden als global engagierte Kommune aus, die im Rahmen ihrer Möglichkeiten etwas für den Ausgleich zwischen reichen und Entwicklungsländern unternimmt.

Auch mit ihrer Funktion als Fairtrade-Stadt trägt Leonberg ein wenig zu Aspekten der „Klimagerechtigkeit“ bei und sollte dies wo immer möglich deutlich machen.

Die Schilder sind ähnlich den Hinweisen auf die Partnerstädte anzubringen. Die Stellungnahme der Stadtverwaltung zu diesem Antrag aus dem Vorjahr ist nach Ansicht der Fraktion Grüne nicht sachgerecht und muss korrigiert werden.

R. Sebastian Werbke
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Antrag:

1. In Position 13 des Haushaltsentwurfes /allg. Sach- und Dienstleistungen wird eine Globale Minderausgabe von ca. 5% als Haushaltssperre beantragt. Davon ausgenommen sind die Teilhaushalte 3 und 5 (Schule und Soziales) sowie die Jugendmusikschule und die Volkshochschule. Eventuelle Einsparung ca.1 Mio Euro
2. In Position 18 des Haushaltsentwurfes /sonstige ordentliche Aufwendungen wird eine Globale Minderausgabe von ca. 5% als Haushaltssperre beantragt. Davon ausgenommen sind die Teilhaushalte 3 und 5 (Schule und Soziales) sowie die Jugendmusikschule und die Volkshochschule. Eventuelle Einsparung ca.100 TEuro

Begründung:

Die Positionen 13 und 18 betreffen nahezu alle Bereiche im Haushalt. Eine Darstellung über die Verwendung der Mittel ist allerdings nur bei wenigen Positionen im Entwurf zu finden. Eine Globale Minderausgabe von 5% als Haushaltssperre ist vertretbar.

Dr. Bernd Murschel
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN